Bildungspolitisches Podium
„Eine Schule für alle Kinder – Schritt für Schritt“
Magdeburg, 12. Oktober 2010
Rede des Fraktionsvorsitzenden Wulf Gallert

DIE LINKE.
Fraktion im
Landtag von Sachsen-Anhalt

In der laufenden Legislaturperiode war die Bildungspolitik, insbesondere die Schule, Gegenstand umfangreicher Debatten. Allerdings ein Stück mehr außerhalb des Parlamentes als innerhalb. Die politischen Kontroversen über dieses Thema ziehen sich quer durch die jetzige Koalition, was dazu geführt hat, dass diese versucht hat, die Konfliktlinien zu externalisieren und auf den mit Beginn der Legislatur gegründeten Bildungskonvent zu verlagern.

In der Sache führte das dazu, dass das hart umstrittene gegliederte Schulsystem des Landes Sachsen-Anhalt für weitere fünf Jahre konserviert wurde. Gleichzeitig führte dieser Weg jedoch auch dazu, dass es eine breite angelegte gesellschaftliche Debatte einer Vielzahl von Verantwortungsträgern gegeben hat, die sich mit der Perspektive der Schule in Sachsen-Anhalt beschäftigen.

Die Ergebnisse dieses Bildungskonvents sind durchaus interessant, obwohl sie natürlich die politischen Konfliktlinien, die ja eigentlich gesellschaftliche Konfliktlinien sind, in sich tragen. Zum einen gab es hier sehr eindeutige Positionen, z. B. im Bereich der Kindertagesstätte, was den Charakter dieser Institution als Bildungseinrichtung betrifft, und aus dem ein Ganztagsanspruch für alle Kinder abgeleitet wurde. Andererseits kommt im Bereich der Schule auch bei den Empfehlungen des Bildungskonvents das Problem zum Ausdruck, dass es die weit verbreitete Einsicht gibt, dass sich die Dinge ändern müssen, aber andererseits die Angst vor Veränderungen spürbar ist. Alle, also auch unsere Fraktion, die sich mit Schule in Sachsen-Anhalt beschäftigen und daraus politische Schlussfolgerungen ableiten wollen, müssen sich mit diesem Spannungsverhältnis auseinandersetzen. Unser Konzept, das wir Ihnen heute vorstellen wollen, berücksichtigt ausdrücklich diese Rahmenbedingungen bei uns hier, auch in dem Wissen darum, dass jedwede Veränderung in Schule auf die Unterstützung von Lehrern, Eltern und Schülern angewiesen ist, ohne deren Akzeptanz jede Schulreform scheitern muss.

Lassen Sie mich am Beginn jedoch einiges zu den Notwendigkeiten einer tief greifenden Reform der Schule in Sachsen-Anhalt sagen. Hierfür könnte man eine Reihe von Argumenten finden, ich will mich auf einige wenige konzentrieren. Lassen Sie mich dabei aus der Perspektive des Kindes beginnen. Schon im Bereich der Grundschule beginnt in Sachsen-Anhalt ein Ausleseprozess unter den Kindern, der in anderen Ländern der Bundesrepublik, vor allem aber im Ausland, bereits deutlich zurück gedrängt worden ist. Das gut gemeinte System der Förderschulen bewirkt bei uns bereits in der Primar-Stufe tendenziell die Isolation von Kindern mit Behinderungen bzw. Lernbeeinträchtigungen. Gleichzeitig verhindert dieser Ausleseprozess die Möglichkeit des Erlernens des Umgangs mit Heterogenität sowohl der Kinder in den Grundschulen als auch in den Förderschulen. Die zumindest relativ steigenden Zahlen von Kindern in Förderschulen und Schulen für Behinderte, die auch im Niveau sehr hoch ist, sind auch im Bereich der Sekundarstufe 1 Symptome des Prinzips der Ausleseschule in Sachsen-Anhalt, und sie bedeuten für viele dieser Kinder und Jugendlichen vielfach die Verhinderung von Entwicklungschancen. Dieses Problem zieht sich generell durch die Sekundarstufe 1 in Sachsen-Anhalt. Die Trennung der Schüler nach der 4. Klasse in einen Sekundarschul- und in einen gymnasialen Bildungsgang setzt dieses Prinzip der Ausleseschule mit all seinen Problemen fort und erreicht im Bereich der Sekundarschule mit dem hauptschulbezogenen Unterricht ab der 7. Klasse seine nächste Stufe.

Das Prinzip ist immer wieder das gleiche. Die zentrale Frage ist nicht die, wie ich einen Schüler optimal fördern kann, sondern in welche Schulform er einzusortieren ist, in der Hoffnung, in der jeweiligen Schublade eine möglichst homogene Schülergruppe vorzufinden, mit der man dann weitermachen kann. Wie schauen nun die Ergebnisse aus? Zumindest in den oberen Jahrgängen befinden sich zehn Prozent der Schüler im Bereich von Förderschulen. Ein Viertel eines Jahrgangs erreicht in Sachsen-Anhalt einen Schulabschluss unterhalb des Realschulabschlusses. Und wir wissen, dass die moderne Arbeitswelt mit ihren Anforderungen für eine solch große Zahl mitnichten entsprechende Arbeitsplätze zur Verfügung stellt, so dass dieses Viertel schon mit dem Schulabschluss die denkbar schlechtesten Chancen für ihr späteres Leben hat.

Dass diese Erfahrungen bis vor wenigen Jahren übrigens auch viele Schulabgänger mit dem Realschulabschluss gemacht haben, führte dazu, dass die Sekundarschule insgesamt mit einem gewaltigen Motivationsproblem zu kämpfen hatte und zum Teil immer noch hat, und zwar bei Schülern, Eltern und Lehrern in gleicher Art und Weise. Dieses Problem findet sich jedoch auf einer anderen Ebene auch im Bereich des gymnasialen Bildungsganges. Nach den uns vorliegenden Zahlen haben nur sage und schreibe 73 Prozent derjenigen, die im Schuljahr 2004 und 2005 in einer 8. Klasse am Gymnasium waren, das Abitur auch geschafft. Und das trotz Schullaufbahnempfehlung.
Einer der größten Skandale ist jedoch die auch in Sachsen-Anhalt festzustellende Abhängigkeit des eigenen Bildungsganges vom Qualifikationsgrad der Eltern und damit sehr häufig von ihrem Einkommen. Viele Untersuchungen haben ergeben, dass die Frage, ob jemand ein Gymnasium oder eine Sekundarschule besucht, viel stärker von der Herkunftsfamilie als von der eigenen Leistungsfähigkeit abhängt.

Damit komme ich zur gesellschaftlichen Perspektive auf diese Situation. Vor dem Hintergrund der extrem niedrigen Geburtenrate, insbesondere im Osten Deutschlands, ist es fatal, einen so großen Teil von Kindern und Jugendlichen von vornherein abzuhängen. Übrigens ist es für mich außerordentlich interessant festzustellen, dass das Problem der mangelnden Leistungsfähigkeit von Sekundarschülern überhaupt erst breit gesellschaftlich diskutiert wurde, als es nicht mehr genügend Abiturienten für anspruchsvollere Lehrstellen gegeben hat. Darüber hinaus darf auch in einer linken Partei die Frage gestellt werden, warum der erhebliche Ressourceneinsatz in der Schule zu solch defizitären Ergebnissen führt, obwohl ich andererseits genau weiß, dass es hier keine eindeutige Determination gibt, weil auch andere Fragen, wie bspw. die Sozialstruktur erheblichen Einfluss auf den Schulerfolg haben.

Vor dem Hintergrund dieser Sachverhalte wäre die Frage berechtigt, warum es überhaupt noch eine Debatte über die Notwendigkeit einer Schulreform gibt, ja, warum denn nicht längst etwas passiert ist. Aber dies ist keine rhetorische, sondern eine ernst zu nehmende Frage. Zwar haben wir seit Beginn der 90er Jahre das gegliederte Schulsystem, aber innerhalb dieses Systems gab es sehr wohl eine Reihe struktureller Veränderungen. Die CDU-geführte Regierung ab 2002 schuf die Förderstufe wieder ab, verkürzte das Abitur auf 12 Jahrgänge, schuf die Ganztagsschule im Bereich der Grundschule wieder ab und führte den Hauptschulunterricht ein. Und dies alles in zwei Jahren. Die nächsten sechs Jahre philosophierte dann unser ehemaliger Kultusminister Olbertz darüber, wie dröge und sinnentleert doch Debatten über Schulstrukturen wären, man müsse sich auf die inneren Prozesse konzentrieren.

Darüber hinaus löst spätestens seit der Agenda 2010 der Reformbegriff eher strukturkonservative Angstreflexe aus. Das ist durchaus nachvollziehbar, hat der Reformbegriff in den letzten Jahren doch eigentlich fast immer Verschlechterung gemeint.

Ein letztes Problem ist die ausgesprochen komplizierte Personalsituation im Bereich der Lehrer. Während in den letzten 15 Jahren die größten Veränderungen durch den Rückgang der Schülerzahlen verursacht worden sind, übrigens Veränderungen, die oftmals viel tief greifender gewesen sind, als die bei den Schulstrukturen, werden in der Perspektive der Lehrermangel und der sehr hohe Altersdurchschnitt der Lehrer in Sachsen-Anhalt erhebliche Belastungen bedeuten. Darüber hinaus bedeutet jede Reform mit dem Ziel des längeren gemeinsamen Lernens die Erhöhung der Heterogenität in den Schulen und Klassen, obwohl der Umgang damit nicht ausreichend Gegenstand bisheriger Lehrerausbildung gewesen ist.

Lassen Sie mich an dieser Stelle bewusst auf einen wunden Punkt im Bereich der Lehrerschaft hinweisen. Ich habe eingangs bereits von einem System der Ausleseschule gesprochen, deren Prinzip im Wesentlichen darin besteht, die Schüler zu testen, ob sie den Anforderungen der jeweiligen Schulform noch gerecht werden oder ob sie nicht eigentlich in die vermeintlich niedrigere Schulform gehören. Ich glaube auch persönlich, dass dies einer der Kardinalfehler ist, weil dadurch die Perspektive des Lehrers weg von der optimalen Förderung des Einzelnen hin zur Leistungsbewertung erfolgt mit der Möglichkeit, das vermeintliche Problem Schüler sozusagen los zu werden. Ich weiß, dass die Masse der Pädagoginnen und Pädagogen das nicht als ihre Maxime bewerten würden, aber verführerisch ist diese Möglichkeit schon, und wie anders ist es zu erklären, dass die dominanten Wanderungen bei den Schülern zwischen den Schulformen fast immer nach unten führen. Wenn wir jetzt bspw. in unserem Konzept klar sagen, dass es mit uns kein Abschulen aus dem Gymnasium mehr geben wird, und auch in dieser Schulform Realschulabschlüsse, ja im Ausnahmefall auch ein Hauptschulabschluss angeboten werden sollen, wird das bei den betroffenen Lehrern nicht nur Freude auslösen, vom Philologenverband ganz zu schweigen.

Trotz all dieser Schwierigkeiten und Probleme halten wir an unserer Zielstellung einer Gemeinschaftsschule fest. Die spannende Frage ist nur, welche Ziele wir für uns für eine solche Schulreform stellen. In ihrer Gesamtheit sind sie ab der Seite 22 in unserer Broschüre dargestellt. Ich will hier nur einige kurz herausgreifen.

Zu aller erst geht es uns um die optimale Förderung aller Schülerinnen und Schüler, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Darüber wollen wir das Bildungsniveau insgesamt anheben. Wir wollen die Studierfähigkeit der Schulabgänger quantitativ und qualitativ erhöhen, gleichzeitig aber auch die Zahl der Realschulabschlüsse zu Lasten der Hauptschulabschlüsse und der Schulabbrecherquote erhöhen.

Das Mittel dazu ist die Umstellung der Prüfungs- und Ausleseschule hin zu einer Schule, die mit Heterogenität umgehen kann und dabei jeden optimal fördert.

Das Spannendste an einem Konzept ist jedoch weniger das Ziel, es sind vielmehr die Mittel dazu. Und da sage ich auch hier noch einmal mit aller Deutlichkeit, wir werden die Gemeinschaftsschule, wie wir sie uns vorstellen, noch nicht in der nächsten Legislaturperiode vollständig erreichen. Umso wichtiger ist die Beschreibung des Weges dahin. Aufbauend auf die Kindertagesstätte als Bildungseinrichtung, die in die Lage versetzt werden muss, Defizite bei den Lernvoraussetzungen in der Schule rechtzeitig zu erkennen und zumindest teilweise zu beheben, wollen wir die Grundschule als die Schulform, in der jetzt noch am ehesten gemeinsames Lernen stattfindet, ohne substanzielle Veränderungen weiterentwickeln.
Wir wollen jedoch den vorsichtigen Prozess der Integration aller Kinder in diese Schulform deutlich beschleunigen.

Die Grundschule muss die Regelschule auch für Kinder mit Behinderungen und Lerndefiziten sein. Auch für diesen Personenkreis soll die eigenständige Förderschule nur noch den Ausnahmefall darstellen. Dazu streben wir die Umkehrung der Antragstellung durch die Eltern für die entsprechende Schulform an, d. h. dass eine Förderschule nur noch dann in Frage kommt, wenn die Eltern dies ausdrücklich beantragen. Voraussetzung für diesen Weg ist die materielle und personelle Unterstützung dieses Inklusionsprozesses. Wir sind uns darüber im Klaren, dass auch dieser strukturelle Wandel mit einem Perspektivenwechsel von Eltern, Lehrern und Schülern einhergehen muss. Dabei wird es wichtig sein, die Rahmenbedingungen in den Grundschulen so zu gestalten, dass die Schwellenangst für die Schüler und Eltern, die hier integriert werden sollen, überwunden werden kann. Dies ist umso wichtiger, als das wir uns darüber im Klaren sind, dass in allen Förderschulen hervorragende Arbeit geleistet wird und die Rahmenbedingungen vor allem in den Schulen für Kinder mit Behinderungen personell und inzwischen auch materiell oftmals hervorragend sind. Aber Isolation bleibt auch dann Isolation, wenn sie unter solchen Bedingungen stattfindet, zumal Förderschulen immer eine Desintegration gegenüber dem Wohnumfeld darstellen.

In diesem Zusammenhang will ich noch einmal eindeutig klarstellen, dass durch diesen Reformansatz keinerlei Schulstandorte in Frage gestellt werden, wie von interessierter Seite mitunter behauptet wird. Vielmehr unternehmen wir den Versuch, auch Schüler mit sonderpädagogischem Bedarf wohnortnah zu beschulen.

Die entscheidenden Veränderungsprozesse setzen nach unserem Konzept im Bereich der Sekundarstufe 1 ein. Auch nach unserem Konzept wird es in der nächsten Legislaturperiode Gymnasien und Sekundarschulen beginnend mit Klasse 5 geben. Die entscheidenden Veränderungen vollziehen sich jedoch im Inneren der Schule. Entscheidend wird dabei die Stärkung der Sekundarschulen werden. Beginnend mit dem Schuljahr 12/13 sollen ab der 5. Klasse und dann Jahr für Jahr aufwachsend die Bildungsangebote so verbessert werden, dass auch in der Sekundarschule nach der 9. Klasse ein direkter Übergang zur 10. Klasse, der Eingangsklasse der gymnasialen Oberstufe erfolgen kann. Der getrennte Hauptschulunterricht wird abgeschafft und die Vollzeit-Schulpflicht auf 10 Jahre ausgeweitet. Nach der 10. Klasse gibt es die Möglichkeit, in der Sekundarschule den Realschulabschluss zu erwerben. Dort, wo dies nicht zum Erfolg führen kann, gibt es auch die Möglichkeit des Hauptschulabschlusses. Parallel dazu entfällt die Möglichkeit, an den Gymnasien eine Abschulung in Richtung Sekundarschule vorzunehmen.

Auch auf dem Gymnasium muss die Möglichkeit existieren, sowohl den Realschulabschluss als auch den Zugang zur gymnasialen Oberstufe zu erwerben. Beide Schulformen sollen ausdrücklich mit einem polytechnischen Profil ausgestattet werden, um die Praxisrelevanz des Gelernten unter Beweis zu stellen. Nach unseren Vorstellungen würden sich somit im Jahr 2017 die Bildungsangebote der Sekundarschulen und der Gymnasien zumindest auf die Schulform bezogen, angeglichen haben. Wenn dieser Schritt erreicht wird, haben beide Schulformen ihren trennenden Charakter verloren und würden in die Schulform der allgemein bildenden Gemeinschaftsschule münden. Das Gymnasium wird dann eine eigenständige Schulform mit den Jahrgangsklassen 10, 11 und 12, die zwar in Kooperationsbeziehungen zu den allgemein bildenden Gemeinschaftsschulen steht, aber von diesen organisatorisch eindeutig getrennt ist. In Anlehnung an die flexible Schuleingangsphase schlagen wir hier vor, auch für das Erreichen des Abiturs einen variablen Zeitraum von 2 bis 4 Jahren, natürlich im Regelfall 3 Jahre, vorzusehen.

Mit diesem Herangehen entfällt die heute üblich klassische Schullaufbahnempfehlung nach der 4. Klasse.

Trotzdem ist es unbedingt nötig, zum Abschluss der Grundschule ein beratendes Gespräch zwischen Eltern und Lehrern vorzunehmen, in dem eine Bestandsaufnahme über die bestehenden Stärken und Schwächen des jeweiligen Kindes erfolgen muss.

Eine Schullaufbahnempfehlung würde sich dann lediglich darauf beziehen, dass unterschiedliche Schulen unterschiedliche inhaltliche Schwerpunktsetzungen realisieren. Auch durch diese Veränderungen werden Schulstandorte nicht in Frage gestellt. Vielmehr wird es möglich, den Schulstandort wohnortnäher auszusuchen, weil sich im Bereich der Sekundarstufe 1 die Bildungsinhalte- und -ziele angleichen. In diesem Zusammenhang will ich darauf hinweisen, dass die logische Konsequenz unseres Konzeptes darin besteht, den Eltern die freie Wahl der Schulform in der Sekundarstufe 1 einzuräumen. Deshalb ist es so wichtig, von vornherein die Öffentlichkeit über die strukturelle Aufwertung der Sekundarschule zu informieren, da ansonsten zu befürchten steht, dass die Anmeldungen bei den Sekundarschulen zu Gunsten der Gymnasien weiter absinken. Umgekehrt müssen die Gymnasien bereits ab 2012 glaubhaft die Kompetenz vermitteln, auch einen guten Realschulabschluss anzubieten, da ansonsten der umgekehrte Effekt eintreten könnte. Die entscheidende Voraussetzung für die Umsetzung dieses Konzeptes ist der erfolgreiche Umgang mit Heterogenität, zu allererst durch die Pädagogen. Wir wissen, dass viele Lehrer selbst einschätzen, dass sie auf diese Situation ungenügend vorbereitet sind. Begleitend zu diesem Prozess bedeutet dies für uns, Lehrern Fort- und Weiterbildungsangebote zu unterbreiten, die sie in diesem Prozess unterstützen.

In diesem Zusammenhang muss auf ein weiteres Problem hingewiesen werden, das nicht in diesem Umfang von der Schulreform abhängt: Das soziale Auseinanderdriften unserer Gesellschaft und die Verkrustung sozialer Strukturen sowie das Fehlen von Aufstiegschancen gehen an den Kindern, und damit auch an der Schule, nicht spurlos vorbei. Deswegen ist sozialpädagogische Kompetenz in der gesamten Schule, aber auch bei jedem Lehrer, häufig Voraussetzung für die Vermittlung von Lerninhalten, übrigens an allen Schulformen. Diese Perspektive wurde der Schule in den letzten Jahren eher abgewöhnt. Wir gehen jedoch in unserem Konzept davon aus, dass Schule und Sozialpädagogik, z.B. in der Jugendhilfe, nicht nebeneinander funktionieren können, sondern ausdrücklich zusammen gehören, also dass auch Schule sozialpädagogische Verantwortung trägt. Dies kommt nicht nur, aber eben auch in unseren Überlegungen zum Ausbau der Ganztagsschule zum Ausdruck. Vieles, was in diesem Zusammenhang geschehen muss, kostet Geld, zumindest verhindert es weitere substanzielle Einsparungen in dem Bereich von Schule, insbesondere der pädagogischen Mitarbeiter. Insofern gilt auch hier, dass die solide Ausstattung mit öffentlichen Mitteln zumindest langfristig eine unabdingbare Voraussetzung für die Umsetzung unseres Konzeptes ist.

Unsere Zielstellung war die Erstellung eines Konzeptes für eine Schulreform hin zu einer Schule des längeren gemeinsamen Lernens, einer Schule, die jedes Kind optimal fördert, die das Bildungsniveau insgesamt hebt und mit den Ressourcen effektiver umgeht und all das unter den Bedingungen, die wir in unserem Land vorfinden. Nichts von dem wird sich im Selbstlauf umsetzen, vieles wird auch weiterhin kontrovers gesellschaftlich debattiert werden. Deswegen ist es uns wichtig, dieses Konzept sowohl fortzuentwickeln, als auch die Akzeptanz zu erhöhen. Um dies zu erreichen, wollen wir in den nächsten Wochen und Monaten mit Ihnen darüber diskutieren und Ihre Meinung aufnehmen. Und wir planen auch, ein gesellschaftliches Gremium ähnlich dem Bildungskonvent zu bilden, das diese Reform begleitet. Wir wissen, dass dieser Prozess letztlich vor Ort entschieden wird, aber wir tragen auch als Politik, Verantwortung und diese wollen wir mit unserem Vorschlag wahrnehmen.

